

Presseerklärung

Von: **Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht (DJfV) Hamburg**
Datum: **04. September 2026**
Kontakt: **hamburg@deutsche-juristinnen-voelkerrecht.org**

Weitere Informationen finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#).

Wer sind wir?

Bei Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht (DJfV) Hamburg handelt es sich um einen zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss von Rechtsanwält/innen sowie Verwaltungsjurist/innen, die sich ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet fühlen. Wir handeln ausschließlich in privater und unabhängiger Kapazität.

Wir können und wollen zu den aus unserer Sicht bestehenden Verstößen gegen das Völkerrecht durch Israel sowie zu einer möglichen völkerrechtlichen Verantwortlichkeit bzw. Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung nicht schweigen. Wir sehen uns in der Pflicht, auf Missstände zu reagieren, die aus unserer Sicht rechtlich nicht mehr tragbar oder zu legitimieren sind, insbesondere dann, wenn das Leben und die körperliche Unversehrtheit zahlreicher unschuldiger Menschen betroffen sind. Wir sind aufgrund unserer juristischen Bewertung davon überzeugt, dass Israel gegen das [Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes](#) verstößt und die Voraussetzungen eines Völkermordes im Sinne des Artikel II der Konvention erfüllt sind.

Uns ist bewusst, dass ein abschließendes Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zur Völkermordfrage noch aussteht. Am [26. Januar 2024](#) hat der IGH jedoch die Plausibilität der von Südafrika geltend gemachten Rechte der Palästinenser:innen aus der Völkermordkonvention bereits bejaht und vorläufige Maßnahmen angeordnet, bekräftigt und erweitert durch die Beschlüsse vom [28. März](#) und [24. Mai 2024](#). Diese Anordnungen sind nach [Art. 41 des IGH-Statuts](#) rechtsverbindlich ([IGH, LaGrand, 2001](#)). Die Pflicht aller Vertragsstaaten, Völkermord zu verhüten (Art. I der Konvention), entsteht nach der Rechtsprechung des IGH zudem nicht erst mit dem Endurteil, sondern in dem Moment, in dem ein Staat vom ernsthaften Risiko eines Völkermordes erfährt ([IGH, Bosnien ./ Serbien, 2007](#)). Unsere Einschätzung, dass dieses Risiko sich längst verwirklicht hat, stützt sich auf die Feststellungen der [Unabhängigen Internationalen UN-Untersuchungskommission vom 16. September 2025 \(A/HRC/60/CRP.3\)](#), die Berichte der UN-Sonderberichterstattung sowie die konvergierenden Befunde führender Menschenrechtsorganisationen und der International Association of Genocide Scholars.

Was ist das Gaza Tribunal Hamburg?

Das Gaza Tribunal Hamburg ist eine rein zivilgesellschaftliche und fachliche Aufarbeitung der aus unserer Sicht bestehenden völkerrechtswidrigen Zustände im Gazastreifen und ihrer Ursachen und Verantwortlichkeiten.

Das Tribunal verfügt über keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage sowie keine Entscheidungs- oder Urteilsbefugnis, wie sie einem staatlichen Gericht zukommt. Es handelt sich nicht um eine Institution der staatlichen Gerichtsbarkeit und ist daher weder den Regeln eines staatlichen Gerichtsverfahrens noch einer staatlichen Neutralitätspflicht unterworfen.

Das Tribunal erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ziel ist vielmehr eine fachliche Auseinandersetzung mit den Geschehnissen, ihren völkerrechtlichen Implikationen und den daran beteiligten Akteuren.

Ausdrücklich stellen wir klar, dass es bei diesem Tribunal nicht um die Diffamierung einer Religion, ethnischen Gruppe oder politischen Haltung geht. Im Einklang mit unserem Code of Conduct (CoC) für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer distanzieren wir uns ausdrücklich von antisemitischen, antimuslimischen sowie sämtlichen anderen rassistischen und menschenfeindlichen Haltungen und Äußerungen.

In Anlehnung an bereits durchgeführte Veranstaltungen unter der Bezeichnung Gaza Tribunal, unter anderem in London im September 2025 sowie in Istanbul und Berlin im Oktober 2025, haben wir das Gaza Tribunal Hamburg organisiert.

Das Tribunal soll ein fachliches und öffentliches Statement zur Situation in Gaza, zur Frage eines Genozids sowie zu den daran beteiligten Akteuren ermöglichen. Im Mittelpunkt stehen die juristische Einordnung und die interdisziplinäre Analyse der Geschehnisse.

Die Referentinnen und Referenten verfügen über langjährige fachliche Erfahrung in ihren jeweiligen Tätigkeits- und Forschungsgebieten und wurden entsprechend ihrer Expertise ausgewählt.

Zur Teilnahme an unserer Veranstaltung wurden sämtliche Hamburger Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien sowie Nichtregierungsorganisationen eingeladen. Das Tribunal ist als öffentliche Veranstaltung konzipiert. Allen Teilnehmenden wird die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen eines respektvollen und sachlichen Austauschs (entsprechend unseres CoC) Fragen an die Referentinnen und Referenten zu richten.

Im Anschluss an die fachlichen Beiträge soll eine gemeinsame Abschlusserklärung (Resolution) veröffentlicht werden. Anschließend haben Institutionen und Einzelpersonen die Möglichkeit, diese Resolution durch ihre Unterschrift zu unterstützen.

Abschließend ist eine formelle Übergabe der Resolution und aller Ergebnisse der Veranstaltung an politische Vertreterinnen und Vertreter vorgesehen.

Finanzen und Verwaltung

Das Tribunal wird ausschließlich durch freiwillige Privatspenden finanziert und arbeitet unabhängig von staatlichen und sonstigen Stellen.

Die Spenden werden ausschließlich über die Plattform [WhyDonate](#) gesammelt. Zwischen Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht (DJfV) Hamburg und anderen Gruppierungen bestehen keine finanziellen oder strukturellen Verbindungen. Eine ehrenamtliche Kooperation besteht ausschließlich innerhalb der dezentralen, überparteilichen Initiative Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht (DJfV).

An dieser Stelle danken wir dem Bürgerhaus Wilhelmsburg für das entgegengebrachte Vertrauen und die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Das Bürgerhaus Wilhelmsburg ist für die Inhalte der Veranstaltung nicht verantwortlich und fungiert ausschließlich als Vermieter des Veranstaltungssaals.

Unser besonderer Dank gilt ebenso den Referent/innen für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, ihr fachliches Wissen und ihre Expertise im Rahmen des Tribunals zur Verfügung zu stellen.

In der Hoffnung und mit der Mission, zu einer gerechten Welt ohne Leid, Schmerz und Ausbeutung beizutragen.

Deutsche JuristInnen für das Völkerrecht (DJfV) Hamburg